

---

St.Gallen, 14. April 2023

*Medienmitteilung der Kantonsratsfraktion der SVP des Kantons St.Gallen*

## **SVP fordert stärkeres Engagement der Regierung zugunsten der Wasserkraft**

**Seit Jahren kämpft die SVP an vorderster Front für das Vorantreiben von Wasserkraftprojekten und reichte dazu bereits mehrere Vorstösse im St.Galler Kantonsrat ein. Deshalb ist die kürzlich erschienene Medienmitteilung des Bau- und Umwelddepartements, wonach solche Projekte mit dem geltenden Recht zum Naturschutz nicht vereinbar seien, für die SVP-Fraktion umso unverständlicher. Anstatt rechtliche Bedenken vorzuschieben, fordert die SVP-Fraktion von der Regierung die proaktive Mitwirkung auf Bundesebene, um solche beschränkenden Naturschutzvorschriften zulasten der Energieversorgung in unserem Land lockern zu können.**

Bereits im Herbst 2021 erfuhr die SVP-Fraktion von Bestrebungen unter anderem aus dem Fürstentum Liechtenstein, welche die früheren Pläne zum Bau eines Rheinkraftwerks wieder aufnehmen wollten. Daher reichte sie im November 2021 die Interpellation «Sicherung der Stromversorgung – Ausbau der Wasserkraft im Kanton St.Gallen» ein. Da sich die Antwort der Regierung zu wenig konkret äusserte und schon da ökologische Bedenken vorgebracht wurden, doppelte die SVP-Fraktion mit einem überparteilichen Postulat der bürgerlichen Fraktionen nach, welches die Prüfung von Projekten zur Erhöhung der Stromproduktion aus Wasserkraftanlagen im Kanton St.Gallen verlangte. Ohne Gegenstimme überwies der Kantonsrat in der Septembersession 2022 das Postulat an die Regierung. Eine Änderung des Wortlauts der Grünen-Fraktion, den Umweltauswirkungen bei der Prüfung mehr Gewicht zu verschaffen, wurde dagegen klar abgelehnt. Somit brachte der St.Galler Kantonsrat klar zum Ausdruck, dass der Ausbau von Wasserkraft im Kanton St.Gallen vorangetrieben werden soll.

### **Mehr Tatendrang von der St.Galler Regierung erwartet**

Leider entsteht der Eindruck, dass sich der Tatendrang des St.Galler Kantonsrates in diesem Thema nicht mit dem der Regierung beziehungsweise dem Bau- und Umwelddepartement deckt. Anstatt bereits vor der vollständigen Beantwortung des Postulats die rechtliche Unmöglichkeit zu prophezeien, hätte sich die SVP-Fraktion stattdessen von der Regierung erhofft, dass sie sich nach dem klaren Signal des Kantonsrats proaktiv für den Ausbau der Wasserkraft einsetzt. Dafür könnte die Regierung ihre Mitwirkungsrechte beim Bund nutzen, um eine Lockerung der nach wie vor sehr weitreichenden Naturschutzvorschriften zu erreichen. Die Chancen dafür sind durchaus intakt, denn das eidgenössische Parlament berät aktuell den Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien, wobei eine Differenz zwischen den Räten in dem entsprechenden Punkt besteht. Auch unter diesem Aspekt ist es für die SVP-Fraktion unverständlich, die Bestrebungen für ein Wasserkraftwerk im Kanton St.Gallen mit einer Medienmitteilung zu trüben, obwohl da gerade rechtliche Anpassungen im Gange sind.

### **Auskünfte erteilen:**

- Christoph Gull, Fraktionspräsident, Tel: +41 79 405 18 11